

Sozial konstruierte Risiken erfordern diskursive Willensbildungsprozesse

Ein Gespräch mit Cornelia Ulbert zur Governance von Risiken
zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Aushandlung.

Die Fragen stellte Karsten Schubert.

Die Bedrohungen unserer Gesellschaft scheinen in den letzten Jahren zuzunehmen, man denke beispielsweise an die Finanzkrise oder die politischen Instabilitäten, oder auch Hackerangriffe auf die Infrastruktur. Leben wir heute gefährlicher?

Ob wir heute „gefährlicher“ leben als noch vor Jahrzehnten, lässt sich nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantworten. Wir leben heute unter anderen Bedingungen. Krisen im internationalen Finanzwesen und der

Weltwirtschaft hat es schon seit dem 18. Jahrhundert mit der Entstehung des Welthandels und des internationalen Börsenhandels immer wieder gegeben. Auch Infektionserkrankungen wie etwa die Pest im Mittelalter haben sich grenzüberschreitend ausgebreitet. Infektionserkrankungen sind zumindest in den entwickelten Ländern sehr stark zurückgegangen. Aber aufgrund des technologischen Fortschritts können sich unterschiedliche Gefährdungen heute schneller verbreiten, zumal es sehr enge Austauschbeziehungen und

globale Abhängigkeiten gibt, was mit dem Begriff der „Interdependenzen“ beschrieben wird.

Besteht der Hauptunterschied also in der Geschwindigkeit, in der sich Risiken heute grenzüberschreitend ausbreiten?

Nicht ausschließlich. Hinzu kommt die Art der Gefährdungen, denen wir ausgesetzt sind. Die immer noch anhaltende Debatte um die Verwendung des Pestizids Glyphosat macht das deutlich: Folgen des Gebrauchs



Cornelia Ulbert. Foto: Vladimir Unkovic



„Wissenschaftliche Empfehlungen sind damit auch zunächst nur Empfehlungen. Zudem ist es notwendig, offen zu legen, auf welchen theoretischen und normativen Annahmen diese Empfehlungen beruhen.“

treten erst langfristig zutage. Und mögliche gesundheitliche Gefährdungen wie beispielsweise Krebserkrankungen lassen sich nicht immer eindeutig auf einen einzigen Faktor zurückführen. Diese Kennzeichen – zeitliches Auseinanderklaffen von Ursachen und Wirkungen sowie die Multikausalität – haben Ulrich Beck zu seinem vielzitierten Befund geführt hat, wir lebten in einer Risiko- beziehungsweise Weltrisikogesellschaft.¹

Diese „Zurechenbarkeitsproblematik“ ist ein Kennzeichen sogenannter „moderner“ Risiken. Der Klimawandel als Folge des vom Menschen verursachten Ausstoßes von Kohlendioxid veranschaulicht das: Seit Beginn der Industrialisierung stieg die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre an. Die Existenz kleiner Inselstaaten wie Fidschi ist mittlerweile von einem steigenden Meeresspiegel bedroht. Aber Fidschi kann die Verursacher von Kohlendioxidemissionen des 19. oder 20. Jahrhunderts nicht mehr unmittelbar für die Folgen des Verbrauchs fossiler Energieträger zur Rechenschaft ziehen.

Interessanterweise ist diese Frage gerade Gegenstand einer Klage eines peruanischen Kleinbauern gegen den deutschen Energiekonzern RWE. Der peruanische Kleinbauer argumentiert, dass sein Dorf durch Starkregen und Überflutungen als Folge des Klimawandels bedroht sei. Daher müsse RWE wegen des Betriebs von Kohlekraftwerken für diese Schäden haftbar gemacht werden. Nachdem die Klage in erster Instanz abgelehnt wurde, hat das Oberlandesgericht Hamm im November 2017 die Klage zugelassen. Sollte diese Klage am Ende Erfolg haben, dann würde das für Unternehmen Folgen im Hinblick darauf haben, wie sie künftig die Risiken ihres Handelns einzuschätzen haben. Dann müssten beispielsweise die Rechte künftiger Generationen etwa über die stärkere Durchsetzung des Vorsorgeprinzips explizit beachtet werden.

Mit der Abschätzung von Risiken beschäftigt sich die Risikoforschung. In den letzten Jahren hat sich der Fokus von einer Analyse von Krisensituationen zur Untersuchung der Steuerung von Risiken verschoben. Was ist hier der Unterschied, und was zeichnet den Begriff „Risiko“ im Gegensatz zu „Krise“ aus?

Bei einer Krise handelt es sich um den Wende- oder Höhepunkt einer gefährlichen Entwicklung. Von Krise sprechen wir immer dann, wenn deutlich werden soll, dass eine bestimmte Situation nicht dem „Normalzustand“ entspricht und daher unserer erhöhten Aufmerksamkeit bedarf. Leider wird der Krisenbegriff insbesondere in der medialen Berichterstattung mittlerweile inflationär gebraucht. Das liegt daran, dass wir es mit zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Fragen zu tun haben, die in einer Bearbeitungskonkurrenz zueinander stehen. Probleme, die sich unter Umständen bereits seit längerem andeuteten, erhalten – wenn sie einmal zur „Krise“ erhoben wurden – eine höhere Aufmerksamkeit. Das kann dann dazu führen, dass Themen, deren Dringlichkeit unter Umständen schon lange von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen angemahnt wurde, endlich bearbeitet werden.

Mit dem Begriff „Risiko“ werden demgegenüber mögliche – meist eher negative – Folgen von Naturereignissen oder menschlichen Aktivitäten bezeichnet. Dabei wird angenommen, dass die Ausgangsergebnisse und ursprünglichen Handlungen oder deren Folgen beeinflusst werden können. Daher unterscheidet sich der Umgang mit Risiken auch vom Umgang mit Krisen. Sobald Krisen eingetreten sind, begegnet man diesen mit Gegenmaßnahmen, auch indem man nach deren Entstehungsursachen forscht. In der Risikoforschung geht es vorrangig darum, wie das Eintreten negativer Ereignisse besser abgeschätzt werden

kann und wie mögliche negative Folgen von Risiken vermieden oder abgemildert werden können. Man könnte auch sagen, dass es der Risikoforschung darum geht, mögliche Krisen als Risiken zu antizipieren. Das hat mittlerweile zu einer eigenen Forschungsrichtung geführt, die sich mit der Steuerung von Risiken beschäftigt, der „risk governance“. Ausgangspunkt ist hierbei die Erkenntnis, dass die effektive Bearbeitung von Risiken auf zahlreichen, ineinandergreifenden Entscheidungsebenen – lokal, national, international – hinweg beruht. Im Kern geht es dann darum, Risiken zu erkennen, einzuschätzen und Strategien im Umgang mit diesen zu finden. Aus einer Governance-Perspektive untersucht man aber auch die institutionellen Arrangements, mit deren Hilfe soziale und politische Prozesse gesteuert werden.

Die soziologische und politikwissenschaftliche Analyse von Risikomanagement zeigt, dass Risiken sozial konstruiert sind. Sie sind nicht objektiv gegeben, sondern was als Risiko gilt, ist abhängig von Werten, Interessen und wissenschaftlichen Trends. Aus einer systemtheoretischen Perspektive hat die Rede von Risiken in erster Linie die soziale Funktion, die Verantwortung bestimmten Akteuren oder Institutionen zuzuschreiben, die das Risiko eingegangen sind. Wie steht es im Lichte solcher Forschungen denn nun um eine wissenschaftlich-objektive Beschreibung von Risiken? Wie positionieren Sie sich im Spannungsfeld ‚objektiv gegeben‘ vs. ‚sozial konstruiert‘?

Wie Sie angesprochen haben, betonen sozialwissenschaftliche Ansätze der Risikoforschung im Gegensatz zu technisch-naturwissenschaftlichen Analysen, dass Risiken sozial konstruiert sind. Als Politikwissenschaftlerin gehe auch ich davon aus, dass das, was als „Risiko“ betrach-

tet wird, auf Wertzuweisungen basiert, die nicht nur individuell, sondern auch kollektiv vorgenommen werden. Die Bewertung, ob ein Risiko für eine Gesellschaft akzeptabel ist und – sowohl im materiellen als auch immateriellen Sinne – noch als tragbar eingeschätzt wird oder nicht, findet daher immer vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Werte und Sichtweisen statt. Diese müssen jedoch alle zunächst als grundsätzlich legitim angesehen werden.

Dass diese unterschiedlichen Wertvorstellungen zu Konflikten führen können, in denen sich dann auch häufig machtvolle Akteure durchsetzen, ist unbestritten. Die Debatte um Atomenergie ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Nutzung von Atomenergie war gesellschaftlich höchst umstritten und hat letztlich auch dazu beigetragen, dass sich DIE GRÜNEN als Partei in der Bundesrepublik etablieren konnten. Dennoch fanden diese keine politische Mehrheit für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Eine Kehrtwende fand erst statt, nachdem ein Erdbeben mit einem nachfolgenden Tsunami in Japan im März 2011 zu einem GAU, also einem „größten anzunehmenden Unfall“, im Atomkraftwerk Fukushima-Daiichi geführt hatte. Der Eintritt dieses als zuvor eher unwahrscheinlich angesehenen Ereignisses veranlasste die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel dazu, ihre Risikoeinschätzung drastisch zu verändern. Der dann eingeleitete Ausstieg aus der Atomenergie erfolgte aber so hastig, dass den Betreibern der Atomanlagen vom Bundesverfassungsgericht sogar Entschädigungen dafür zugesprochen wurden. Begründet wurde das damit, dass diese keinen Ausgleich für ihre Investitionen erhalten hätten, die sie im Vertrauen auf längere Restlaufzeiten getätigt hatten.

Das Beispiel zeigt, wie stark die Bewertung eines Risikos davon abhängt, wie hoch wir dessen Eintrittswahrscheinlichkeit einschätzen

und von welcher möglichen Schadensgröße wir ausgehen - den zwei klassischen „Bestimmgrößen“ eines Risikos. Nun könnte man einwenden, dass es neben Bewertungen, doch auch noch „objektiv“ feststellbare Tatsachen gibt. Wissenschaft zeichnet sich ja gerade durch die Suche nach „Wahrheit“ aus. Der Erkenntnisgewinn in der Wissenschaft steht daher unter methodischen Qualitätsanforderungen. Wie etwa die Wege, auf denen man zu Ergebnissen gelangt ist, offen zu legen und diese damit für andere reproduzierbar zu machen. Aber auch wissenschaftliche Erkenntnisse beruhen beispielsweise auf bestimmten Annahmen und Praktiken der Informationsverarbeitung. Das kann dann dazu führen, dass bestimmte Entwicklungen gar nicht wahrgenommen werden.

Könnten Sie an einem Beispiel deutlich machen, was Sie damit meinen?

Ein prominentes Beispiel hierfür ist das sogenannte Ozonloch. Dieses wurde zunächst nicht entdeckt, weil Wissenschaftler*innen vorliegende Messdaten als statistische Ausreißer interpretierten. Daher wurde die periodische und kontinuierliche Ausdünnung der stratosphärischen Ozonschicht in den Datenreihen zunächst nicht erkennbar. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Konsequenzen von Handlungen, hier also die Nutzung von ozonschädigenden Substanzen, vielfach nicht vorausgesehen werden, weil keine Vorerfahrungen existieren, die Sensibilität für mögliche negative Auswirkungen fehlt oder schlicht falsche Schlussfolgerungen gezogen werden.

Der U.S.-amerikanische Wissenschaftsphilosoph Thomas S. Kuhn hat sich mit diesem Problem bereits Anfang der 1960er Jahre in seinem Buch „The Structure of Scientific Revolution“ auseinandergesetzt.² In der Wissenschaft arbeitet man so lange mit bestimmten theoretischen Erklärungsansätzen, wie diese die

untersuchten Phänomene scheinbar befriedigend erklären. Erst wenn dies nicht mehr der Fall ist, und sich die Anomalien, das heißt die im bestehenden Denkgebäude nicht mehr erklärbaren Erscheinungen, häufen, dann beginnt die Suche nach neuen Erklärungsmustern. Kuhn hat das als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet, wofür beispielsweise die Kopernikanische Wende vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild steht. Moderne wissenschaftstheoretische Ansätze sind mittlerweile stark von Erkenntnissen der Komplexitätsforschung geprägt. Es wird anerkannt, dass die Suche nach Wissen unter den Bedingungen von Unsicherheit stattfindet, weil wir mit komplexen Systemen konfrontiert sind.

Wie verstehen Sie die Aufgabe der Wissenschaft im Verhältnis zur Politik? Wie stark soll die Wissenschaft der Politik Empfehlungen geben?

Aus meiner Sicht hat Wissenschaft – insbesondere, wenn sie mit öffentlichen Mitteln finanziert wird – die Verantwortung, die eigenen Erkenntnisse in eine breitere Gesellschaft und die Politik hinein zu vermitteln. Wissenschaft ist auch aufgefordert, sich bestehender Probleme ökologischer, ökonomischer, politischer, sozialer oder technischer Natur anzunehmen. Die Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen etwa widmen sich auch der anwendungsorientierten Forschung und der Politikberatung.

Daher weiß ich aus eigener Erfahrung, dass das Verhältnis von Wissenschaft und Politik kein unproblematisches ist. Das liegt nicht nur an den Bedingungen, unter denen Wissenschaft Erkenntnisse produziert, sondern auch daran, wie wissenschaftliche Erkenntnisse kommuniziert und Wissen in der Politik verwertet wird. Die Standardantwort, die Wissenschaftler*innen in der Regel geben, wenn sie nach spezifischen Einschätzungen gefragt werden, lautet: „Es kommt darauf an.“ Politiker*innen suchen aber in

der Regel nach einem klaren „Ja“ oder „Nein“. Das ist jedoch, wenn es um komplexe Prozesse geht, ehrlicherweise nicht möglich.

Wissenschaftliche Empfehlungen sind damit auch zunächst nur Empfehlungen. Zudem ist es notwendig, offen zu legen, auf welchen theoretischen und normativen Annahmen diese Empfehlungen beruhen. Wissenschaft kann dazu beitragen, dass Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik informierte Entscheidungen treffen. Diese Entscheidungen müssen aber die Institutionen und Personen treffen, die dazu demokratisch legitimiert wurden – in strittigen Fragen möglichst nach einer breiteren gesellschaftlichen Debatte, an der sich Wissenschaftler*innen in unterschiedlichen Rollen als Expert*innen oder informierte Bürger*innen auch beteiligen können.

Derzeit scheint Wissenschaft stärker unter Legitimationsdruck zu geraten. In postfaktischen Zeiten herrscht Skeptizismus gegenüber wissenschaftlich produzierter Wahrheit. So wird der Klimawandel, den Sie ja bereits ansprachen, heutzutage zwar allgemein als Risiko anerkannt, andererseits verstärkt sich der Kampf darum. Und wichtige internationale Player, wie die USA, ziehen sich aus dem Engagement gegen den Klimawandel zurück. Wie ist dies zu erklären?

Das Beispiel Klimawandel ist ein interessanter Fall, weil Auseinandersetzungen darüber, ob der Klimawandel eine „gesicherte“ Erkenntnis ist, nicht erst in jüngster Zeit geführt werden. Um das Risiko eines möglichen Klimawandels besser verstehen zu können, wird seit Jahrzehnten intensiv daran geforscht, die komplexen naturwissenschaftlichen und sozioökonomischen Zusammenhänge der Problematik des anthropogen verursachten Ausstoßes von Treibhausgas-Emissionen zu verstehen. Zunächst geschah dies im Kontext der Weltorganisation für

Meteorologie (WMO), später dann im Rahmen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Der IPCC ist eine zwischenstaatliche Institution, die den Auftrag hat, für politische Entscheidungsträger den aktuellen Stand der weltweiten Forschung zum Klimawandel zusammenzutragen. Dazu hat der IPCC seit 1990 mittlerweile fünf Sachstandsberichte und zahlreiche Sonderberichte vorgelegt, an denen Tausende Wissenschaftler*innen als Autor*innen und Gutachter*innen mitgearbeitet haben. Neben einer Analyse der naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen legte der IPCC von Anfang an auch Einschätzungen zu möglichen Auswirkungen vor.

Der IPCC war die erste Wissenschaftsberatungsinstitution, die den globalen Stand des Wissens in der Klimaforschung zusammengetragen hat und weltweit Expert*innen einbezogen hat, um Politik zu beraten. Zusammen mit dem ehemaligen Vize-Präsidenten der USA, Al Gore, erhielt der IPCC dafür 2007 sogar den Friedensnobelpreis. Dennoch ist der IPCC auch immer wieder für die Schlussfolgerungen, die er über Form und Ausmaß des Klimawandels und über dessen mögliche Folgen gezogen hat, stark angegriffen worden. Um seine wissenschaftliche Autorität wiederherzustellen und zu festigen, hat der IPCC seine internen Arbeitsprozesse daher immer wieder verändert und noch transparenter gemacht.

Warum geriet der IPCC in die öffentliche Kritik, wenn er doch eine Politikberatungseinrichtung ist, die global getragen wird?

Die Auseinandersetzung um den IPCC hat etwas damit zu tun, was eine Gesellschaft als „akzeptables“ Risiko betrachtet. Partikularinteressen stoßen dabei immer auf Gemeinwohlinteressen, weshalb es zu teilweise schwierigen Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlich machtvollen Akteuren

darüber kommt, welche Risikowahrnehmungen angemessen sind und welche Vorsorgemaßnahmen in welchem Umfang ergriffen werden müssen. Im Prinzip wird ständig gesellschaftlich oder zwischenstaatlich ausgehandelt, wofür knappe kollektive Ressourcen bereitgestellt werden sollen.

Der IPCC flankiert mit seinen Berichten den internationalen Verhandlungsprozess zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention, die bereits 1992 auf dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ausgehandelt wurde. Entschiedene Strategien zur drastischen Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgas-Emissionen wurden von einer Mehrheit der Staaten über lange Jahre abgelehnt, weil dies auch eine Änderung der bisherigen Konsummuster und Lebensstile erforderlich machen würde. Demzufolge fanden weitreichende Maßnahmen immer mit dem Verweis auf die „hohen Kosten“, die dies mit sich bringen würde, keine Zustimmung. Folglich galt bislang, dass sich Investitionen in CO₂-Minderungsmaßnahmen immer auch aus anderen Gründen „rechnen“ müssten, etwa bei einer Kostenreduktion durch Energieeinsparungen. Trotz des umfangreichen Wissens, auf dessen Basis seit Jahrzehnten verhandelt wird, hatten einzelne gut organisierte Interessengruppen damit ein leichtes Spiel, Verhandlungsergebnisse zu verhindern, die einschneidende Verhaltensänderungen erforderlich machen würden.

Bislang hat die Bearbeitung des Risikos Klimawandel nicht dazu geführt, dass der Ausstoß von Kohlendioxid im angestrebten Umfang reduziert werden konnte. Was ist Ihre Prognose für den weiteren Verlauf?

Mit dem Pariser Abkommen vom Dezember 2015, aus dem sich die amtierende Trump-Regierung zurückziehen möchte, hat sich dies etwas geändert. Folgen von Klima-

veränderungen, die auf den Klimawandel zurückgeführt werden, sind in vielen Staaten spürbar geworden. Daher haben sich erstmalig im Pariser Abkommen alle Vertragsparteien dazu verpflichtet, sich jeweils nationale Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen zu setzen. Zuvor hatten bislang nur industrialisierte Länder diese Verpflichtung. Entwicklungsländer waren davon ausgenommen.

Daher sind meine Prognosen, was globale Fortschritte in der Klimapolitik anlangt, vorsichtig positiv. Das hängt mit der Steuerung des gesamten Prozesses, also der Governance, zusammen. Die letzte Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention im November 2017 in Bonn hat gezeigt, dass Risikomanagement über unterschiedliche Handlungsebenen hinweg stattfindet. Damit kommt es nicht nur auf die Politik von Zentralregierungen an, sondern auch – wie das Beispiel USA zeigt – darauf, welche Maßnahmen Einzelstaaten oder Kommunen bereit sind, gegen den Klimawandel zu ergreifen.

Ein Risiko mit hoher medialer Aufmerksamkeit ist der Terrorismus. Die Angst vor islamistisch motiviertem Terror scheint ein gutes Beispiel für die soziale Konstruktion von Risiken, denn er beruht eher auf rassistischen Stereotypen als auf einer großen Gefährdung, weil ja die Wahrscheinlichkeit Opfer eines Anschlags zu werden, verschwindend gering ist. Ist Terror also eine ganz andere Art von Risiko als der Klimawandel? Warum geht der Staat auf den Terror ein, indem er Freiheitsrechte für Sicherheitsillusionen einschränkt?

Beim Thema Terrorismus zeigt sich ein sehr interessanter Prozess der sozialen und politischen Konstruktion eines Risikos. Im Vergleich zu anderen Regionen wie etwa dem Nahen und Mittleren Osten sind die Opferzahlen durch terroristische Angriffe in Europa relativ

gering. In unseren hochentwickelten Gesellschaften gibt es jedoch eine intensive, nahezu Echtzeit-Medienberichterstattung über jeden verübten und vereitelten terroristischen Anschlag – mit der Ausleuchtung persönlicher Opfergeschichten. Dadurch wird das Ziel, das der Terrorismus verfolgt, nämlich Angst und das Gefühl von Bedrohung zu verbreiten, schnell erreicht. Zumal sich der islamistisch motivierte Terrorismus, der sich gegen beliebige Ziele wendet, von dem politischen Terrorismus der RAF ab den 1970er Jahren unterscheidet, der sich gegen Repräsentanten des politischen und wirtschaftlichen Systems richtete.

Hinzu kommt, dass es sich bei Terrorismus um ein Risiko handelt, das als sicherheitsbedrohend eingestuft wird. Damit ist dieses Risiko der Bearbeitung im Modus „normaler“, sprich rechenschaftspflichtiger und demokratisch legitimer Politik entzogen. Begründet wird dies damit, dass die Sicherheit der Bürger*innen Vorrang vor anderen Grundrechten habe. Der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sprach einmal davon, Sicherheit sei ein „Supergrundrecht“,³ wodurch auch Freiheitsrechte, wie das Recht auf Privatsphäre, eingeschränkt werden könnten.

Als Bürger*innen wissen wir aber auch, dass der Staat gar nicht in der Lage ist, uns immer und überall hundertprozentige Sicherheit zu garantieren. Er kann dies nicht. Und in vielen Bereichen sind wir auch gar nicht gewillt, dies von ihm einzufordern. Einige Lebensrisiken gehen wir bewusst ein – schnelles Fahren auf der Autobahn, ungesunde und umweltgefährdende Lebensstile, um nur einige zu nennen. Die Eingriffsbefugnis des Staates in andere Bereiche ist zumindest heftig umstritten, wie die teilweise hitzige Debatte um ein Rauchverbot in der Gastronomie zeigt. Im Falle terroristischer Anschläge haben wir es uns seit den Anschlägen vom 11. September 2001 anscheinend mehrheitlich angewöhnt

zu akzeptieren, dass der staatlichen Fürsorgepflicht hier keinerlei Grenzen gesetzt zu sein scheinen. Als spezifische soziale Konstruktion ist dies zwar erklärbar. Aus einer kritischen-gesellschaftstheoretischen Perspektive scheint ein breiterer gesellschaftlicher Diskurs über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit aber durchaus überfällig.

Zum Abschluss: Wie müssen sich Politik und Wissenschaft reformieren, um besser mit den vielfältigen Risiken umzugehen?

Nachdem mein Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Internationalen Beziehungen liegt, habe ich die Bearbeitung von Risiken aus einer globalen Perspektive im Blick. Und als Politikwissenschaftlerin liegt mein Fokus auf Steuerungsprozessen und deren institutioneller Ausgestaltung. Mögliche Reformen in Wissenschaft und Politik sollten zunächst einmal berücksichtigen, wodurch sich Risiken in unseren modernen Gesellschaften auszeichnen. Sie sind, wie schon ausgeführt, sehr komplex, was mögliche Ursachen und deren Folgen anlangt. Wissen über diese Risiken ist daher von Unsicherheit geprägt. Und schließlich beruht die Bearbeitung von Risiken auf sehr unterschiedlichen normativen Bewertungen darüber, wie akzeptabel ein Risiko ist und ob im Falle seines Eintretens angesehene Lösungsstrategien zur Verfügung stehen, die als angemessen angesehen werden.

Die Komplexität von Risiken bedeutet, dass wissenschaftliche Forschung stärker inter- oder zumindest multidisziplinär ausgerichtet sein sollte. Selbstkritisch müssen wir als Wissenschaftler*innen auch eingestehen, dass wir in unserem Bemühen, die Komplexität von Risiken abzubilden, häufig zu einer Vielzahl von teilweise eher abstrakten Empfehlungen neigen. Demgegenüber wären für die politische Bearbeitung eher kleinteiligere, umsetzbare Handlungsempfehlungen für Entschei-

dungsträger*innen in Politik und Wirtschaft notwendig.

Das Beispiel Klimawandel zeigt, wie globale institutionelle Arrangements beschaffen sein können, die die geeigneten Rahmenbedingungen für globale Wissensproduktion und Informationsverarbeitung bieten. Gleichzeitig werden beim Thema Klimawandel jedoch auch institutionelle Restriktionen von Politik deutlich: Diese ist nur unzureichend in der Lage, ein Problem, dessen Folgen erst langfristig und regional in unterschiedlichem Maße spürbar werden, vorausschauend zu bearbeiten. Politische Entscheidungsprozesse werden häufig dafür kritisiert, dass Bewertungen lediglich unter einem sehr kurzen Zeithorizont vorgenommen werden. Dies wird insbesondere in demokratischen Systemen auf die „Logik der Wahlperioden“ zurückgeführt. Eine Antwort auf dieses Problem liegt in der Entwicklung von Anreizstrukturen für langfristige Planungshorizonte, indem beispielsweise das Vorsorgeprinzip etwa über Umweltverträglichkeitsprüfungen institutionalisiert – und rechtlich sanktioniert – wird. Damit würden im Politikprozess automatisch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen Berücksichtigung finden und nicht nur kurzfristig die Interessen heutiger Wähler*innen in den Blick genommen werden.

Es scheint also Ansätze für Wissenschaft und Politik zu geben, wie man Risiken unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit bearbeiten kann, aber wie kann man mit den unterschiedlichen normativen Bewertungen von Risiken umgehen?

Die Wahrnehmung von Risiken und mögliche Strategien zur Schadensabwehr basieren immer auf Wertezuweisungen, die mit kollektiven Aushandlungsprozessen einhergehen. Aber nicht allen Risiken kann gleichermaßen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daher müssen vorhandene Kapazitäten gebündelt

werden, um gesellschaftlich relevante Risiken zu identifizieren und um entsprechende Prioritätensetzungen vorzunehmen, was Vorsorgemaßnahmen, Abwehr- oder Anpassungsstrategien anlangt. Dies sind aber politische Prozesse, die möglichst durch gesellschaftliche Debatten flankiert werden sollten.

Sternstunden des Parlamentarismus konnten wir in den letzten Jahren immer dann erleben, wenn es offene Debatten jenseits eines Fraktionszwangs gab, etwa im Fall medizinisch-technischer Fortschritte in der Molekulargenetik. Hierbei wurden ethische Fragen offen und kontrovers diskutiert. Diese stellen sich bei vielen anderen möglichen Risiken in ähnlicher Weise. Dies spricht dafür, politische Entscheidungsprozesse deutlich „diskursiver“ anzulegen. Die momentan um sich greifende negative Einstellung gegenüber dem „Politik-Establishment“ beruht auch auf dem Gefühl einzelner gesellschaftlicher Gruppen, kein Gehör mit den eigenen Anliegen zu finden.

Damit ist keineswegs garantiert, dass sich diejenigen, die sich lautstark auf der Straße und in den sozialen Medien artikulieren, auch den Regeln eines argumentativen Diskurses unterwerfen würden. Das würde erfordern, die Position des Anderen als legitim zu akzeptieren, dem Anderen die gleichen Beteiligungsrechte zuzugestehen und nach einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage zu suchen. Dennoch ist es notwendig, jenseits der Wissenschaft und Politik weitere Akteure in den Diskurs über Risiken und deren Bearbeitung einzubeziehen. Dazu zählen nichtstaatliche Akteure aus der Zivilgesellschaft, aber auch aus der Wirtschaft. Das erweitert und relativiert den Blick auf zahlreiche Probleme, eröffnet neue Problemoptionen. Letztendlich kann das auch zur Veränderung bestehender eigener Wahrnehmungen und Weltbilder führen. Die neue Akteursvielfalt und die Ausweitung des Angebots an „Diskursarenen“ kann aber auch die

friedliche und produktive Auseinandersetzung mit konkurrierenden Werten und Lebensentwürfen auf der Suche nach nachhaltigen Strategien im Umgang mit globalen Risiken ermöglichen.

Anmerkungen/Literatur

- 1) Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1986; Beck, Ulrich: Welt-risikogesellschaft, Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2007.
- 2) Kuhn, Thomas S.: The Structure of Scientific Revolutions, 2. erw. Aufl., University of Chicago Press, Chicago/London 1970.
- 3) <https://www.welt.de/politik/deutschland/article118110002/Friedrich-erklart-Sicherheit-zum-Supergrundrecht.html>

Zur Person

Cornelia Ulbert ist seit 2006 Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Globales Regieren (Global Governance) sowie auf Prozessen der Normentwicklung und Regeldurchsetzung (Compliance) in der internationalen Politik. Neuere Arbeiten konzentrieren sich zudem auf private Akteure, insbesondere in der Entwicklungs- und globalen Gesundheitspolitik. Ihre wissenschaftlichen Stationen umfassen unter anderem die Universität Mannheim, an der sie in Politikwissenschaft promovierte, die Universität Konstanz, das Europäische Hochschulinstitut Florenz sowie die Freie Universität Berlin.